



Ausgabe Juli 2010

# Senatswahlen - am 06. und 07. Juli 2010!



**TAG DER ENTSCHEIDUNG!**

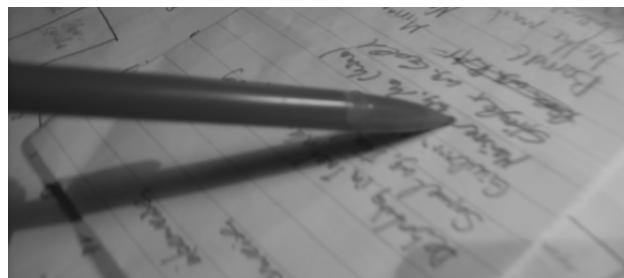
Die Themen im Überblick:

Allgemeiner Wahlauftruf - Selbstdarstellungen der Listen:

FaVeVe, Bildungsstreik und JuLis

- "Wie weiter nach dem Bildungsstreik?" - "Stilblüten der Hilflosigkeit"
  - "Warum interessiert es euch nicht" - Termine
  - "Ohne Zivilklausel! Noch Uni oder Waffenfabrik?"
    - "Demokratie, Macht und vor allem Geld"
    - "Unirat" - Nachwuchssuche



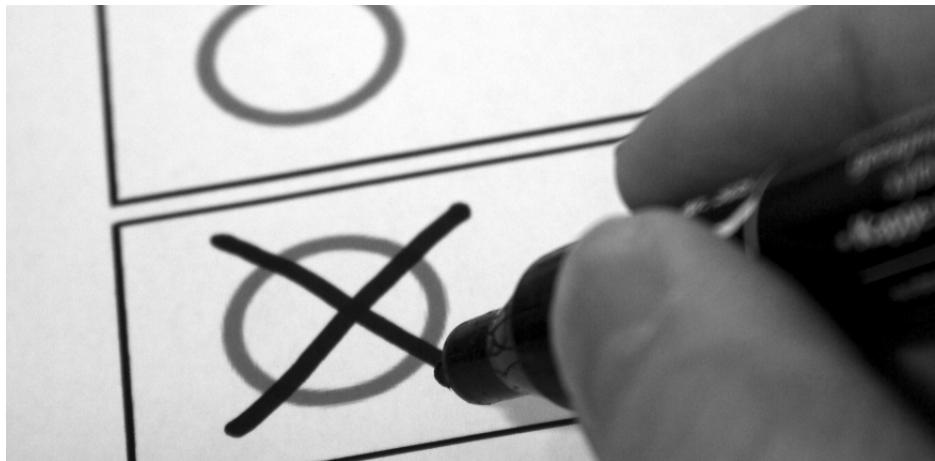


## **Inhaltsverzeichnis:**

Allgemeiner Wahlauftruf	4
Senatswahl: FaVeVe	6
Senatswahl: Bildungsstreik	7
Senatswahl: LHG Stuttgart	10
Wie weiter nach dem Bildungsstreik?	14
Stilblüten der Hoffnungslosigkeit	18
Warum interessiert es euch nicht?	19
Ohne Zivilklausel! Noch Uni oder Waffenfabrik?	20
Unirat	25
Demokratie, Macht und vor allem Geld	27
Nachwuchssuche	36
Termine	13
Impressum	35

## Ihr habt die Wahl

Von Listen FaVeVe und Bildungsstreik



Es ist schon wieder soweit: Auch dieses Jahr stehen am 06. und 07. Juli wieder die Senats- und AStA-Wahlen an, bei denen Ihr Eure Vertreter bestimmt, die sich für Verbesserungen im Unigeschehen einsetzen.

Die Themen, mit denen sich eine Studierendenvertretung befasst, können sehr unterschiedlich sein. Dabei kann es um Betreuung und Beratung von Studierenden gehen oder um Unipolitik, lokale Politik, Bildungspolitik oder sogar um bundesweite Themen. Worauf letztlich der Fokus liegt, hängt von der Zusammensetzung der Vertre-

tung ab. An der Uni Stuttgart wird diese bei der Wahl zum Senat jährlich neu bestimmt. Wer bei der Wahl zum Senator oder zu dessen Stellvertreter gewählt wird, ist automatisch auch Mitglied des allgemeinen Studierendenausschusses (AStA). Dieser ist die offizielle Studierendenvertretung und bekommt zur Umsetzung von Ideen und der täglichen Arbeit Gelder von der Uni zugewiesen.

### Warum sind die Wahlen überhaupt wichtig?

Auch dieses Jahr werden wie immer die studentischen Senatsmitglieder sowie der AStA als das höchste Organ der Studierendenschaft gewählt. Und dabei ist es von großer Bedeutung, wer am Ende hier vertreten ist. Denn jede Gruppierung, die sich zur Wahl stellt (FaVeVe, Bildungsstreik, Liberale Hochschulgruppe) hat andere Vorstellungen und Ziele, was die Vertretung der Studierenden betrifft. Dafür lohnt sich auch ein Blick in die eigenen Vorstellungen der antretenden Listen in diesem Heft.

Von den Unterschieden der zur Wahl stehenden Listen mal abgesehen, ist auch die Wahlbeteiligung selbst enorm wichtig. Denn je mehr Stimmen hinter jedem studentischen Senatsmitglied stehen, desto mehr Gewicht hat wiederum dessen Stimme! Diese Vorwürfe bekommen wir tatsächlich bspw. vom Wissenschaftsministerium zu hören, wenn wir unsere studentischen Interessen dort vertreten wollen. Eine hohe Wahlbeteiligung ist daher die Grundvoraussetzung dafür, dass die Studierendenvertreter im Senat, einem der wichtigsten Entscheidungsort-

gane der Universität Stuttgart, und darüber hinaus mit Nachdruck argumentieren können.

Letztes Jahr lag die Wahlbeteiligung bei bedrückenden 19,4%; und das, obwohl trotz "Masterplan", Bildungsstreik und anderen großen Themen die Notwendigkeit der Nutzung dieser Mitgestaltungsmöglichkeit allen Studierenden hätte klar sein müssen.

Schade, denn jeder Nichtwähler wählt trotzdem... und zwar den Anschein, dass ihm egal ist, wie seine Uni handelt...

## **Also: Wählen gehen!**

Wahltage sind

**Dienstag, 6. Juli und Mittwoch, 7. Juli jeweils 9:00 bis 15:00 Uhr.**

Die Wahlräume sind in den Gebäuden Keplerstraße 17 (K II), Pfaffenwaldring 9 (IWZ) und Pfaffenwaldring 45 (Mensa II).



## **Gestatten? FaVeVe!**

Wir, die FaVeVe (FachschaftsVertreter-Versammlung), sind die aktive Studierendenvertretung an der Universität Stuttgart. Als Zusammenschluss aller Fachschaften vertreten wir die Studierenden uniweit und besprechen fakultätsübergreifende Themen. Dabei sind wir offen für Interessierte aus allen Fachrichtungen und frei von parteipolitischen Grabenkämpfen, wie es sie in manchen anderen Studierendenparlamenten gibt.

Wer sich mit Problemen an die Fachschaft wendet, weiß sich in guten Händen, da dort Studierende sind, die sich mit dem Bürokratiedschungel der Uni auskennen. In Kommissionen, Fakultätsräten und Arbeitsgruppen, bei der sogenannten Gremienarbeit, sammeln sie nämlich Erfahrungen und Wissen, was am En-

de Euch zugute kommt.

Doch auch anders herum funktioniert diese Arbeit, denn akute Probleme werden von den Fachschaften an die Studierendenvertreter in den Gremien weitergegeben und dort dann schließlich gemeinsam mit anderen Mitarbeitern der Universität diskutiert, um zusammen eine Lösung zu finden. Dabei handeln wir frei von politischen Orientierungen und Ideologien und haben stets nur im Blick, dass das Bestmögliche für die Studierenden dabei herauskommt.

Um das zu erreichen, arbeiten wir mit der Uni, denn dort sitzen die Entscheidungsträger. In den meisten Fällen ist man uns auch wohlgesonnen und konstruktives Arbeiten sehr gut möglich. Vieles konnten und können wir erreichen, zum Beispiel:

# **SENATSWAHL: LISTEN**

---

-überprüfen wir die Bachelor- und Master-Studienordnungen der Universität

-überprüfen wir Anträge zur zentralen Verwendung von Studiengebühren, damit das Geld sinnvoll verwendet und kein Unfug damit getrieben wird

-das Vorantreiben des Umbaus vom Universum zum Arbeitsraum

-die Überarbeitung des Eckpunktepapiers, welches Richtlinien für BA-MA-Studiengänge an unserer Universität vorgibt, so, dass in Zukunft beispielsweise weniger Überlastungen durch

Prüfungen entstehen

-die Errichtung eines Kletterturms in Vaihingen

Und sollten die Diskussionen auch mal schwieriger werden, so setzen wir uns stark für die Studierenden ein... das funktioniert umso besser, je mehr Stimmen wir bei der Wahl bekommen, denn nur dann können wir wirklich für alle Studierenden sprechen!

Geht wählen!

## **LISTE BILDUNGSSTREIK**

„Schmeißt die Hippies aus dem Hörsaal“ - Parolen, die vom 16. November bis 16. Dezember 2009 in der Uni Stuttgart häufig zu hören waren, sorgten für Abwechslung und neue Gesprächsthemen im tristen Unialltag. Man munkelte von „Freier Liebe“ und Saufgelagen bis hin zum Exzess. Wilde Spekulationen

über Studierende, die sich die hohen Mietpreise in Stuttgart nicht leisten könnten und deswegen spontan in den Tiefenhörsaal 17.01 gezogen waren, wurden verbreitet. Exponentiell wuchsen diese Gerüchte, wie Löwenzahn auf einer Sommerwiese.

Diese Gerüchte kommen natürlich

# SENATSWAHL: LISTEN

---

nicht von ungefähr. Wir feierten Partys, von welchen noch in 50 Jahren die Rede sein wird, haben oft bis mittags um zwölf geschlafen und erschienen in Vorlesungen übermüdet, ohne Schuhe, dafür aber mit einem dampfendem Kaffeebecher, um mit dem Kater der vergangenen Nacht irgendwie klar zu kommen.

Einen praktischen Nebeneffekt hatte natürlich die günstige Wohnsituation für uns; die Wege in Vorlesungen waren nie länger als zwei Minuten. Der eigentliche Grund für unseren Einzug war jedoch der katastrophale Zustand, in dem sich unser Bildungssystem derzeit befindet. Eine bunt gemischte Truppe aus Studierenden, die sich inner- und außerhalb der Uni politisch engagiert, fand sich zusammen und bot auch Streik-Einsteigern die Möglichkeit, sich in die Hochschulpolitik einzubringen und etwas zu verändern. Der Ort, an dem sonst Bildung statt fand, wurde nun dafür genutzt, diese zu verbessern. Der Hörsaal 17.01 wurde zum neuen „Wohnzimmer“ der Streikenden.

Diesen Umstand machte sich auch das Rektorat zu Nutze und kam unseren Einladungen in eben dieses Wohnzimmer gerne nach. Was bisher in der studentischen Interessenvertretung

vernachlässigt wurde, haben wir zum Alltag gemacht: regelmäßig stattfindende Gespräche, in denen wir unsere hochschulpolitischen Forderungen, die auf mehrtägigen internationalen Vernetzungstreffen ausgearbeitet wurden, artikulieren können. Durch die Einführung des internationalen Bologna - Systems reicht es nicht mehr aus, sich ausschließlich um fachschafts- und uniinterne Belange zu kümmern. Innerhalb dieses Systems muss es möglich sein, einen Uniwechsel auch über nationale Grenzen hinweg barrierefrei zu gestalten, z.B. müssen Prüfungsleistungen des Bachelors angerechnet werden und das Curriculum vergleichbar gestaltet sein.

Doch nicht nur die Unileitung, sondern auch das Wissenschaftsministerium bat um ein Gespräch, aus welchem weitere Gespräche und letztlich fest verankerte hochschulpolitische Arbeitsgemeinschaften im Ministerium mit hoher studentischer Beteiligung folgten. Zwischen unseren Partys fanden wir aber nicht nur Zeit für den Rektor und den Wissenschaftsminister, sondern unterhielten uns auch mit dem Bolognabeauftragten der Uni Stuttgart, Herrn Gaugele, und dem Prorektor Lehre, Herrn Gießelmann, über hochschul-

# **SENATSWAHL: LISTEN**

---

politische Belange.

Diese Gespräche hatten einen „Arbeitskreis Bologna“ unter Leitung von Herrn Gaugelé zur Folge, in welchem sich jede/r Interessierte aktiv beteiligen kann. Zudem haben wir erreicht, dass die Rahmenprüfungsordnung des Bachelor-/ Masterstudiums („Eckpunktepapier“) in enger Zusammenarbeit von Studierenden und Senatsmitgliedern überarbeitet wird.

Interessanterweise hatte das Rektorat zu keiner Zeit das Gefühl, mit einem chaotischen und unstrukturierten Haufen zu sprechen, sondern nahm uns als politisch aktive Studierende wahr. Deshalb konnte der Rektor unsere Belange verstehen und kam einigen unserer Forderungen nach, wie z.B. der Erhöhung der Sitze der studentischen SenatorInnen im Senat von drei auf sieben. Dieser Erfolg machte uns übermütig und so haben wir uns in langatmigen und durchzechten Nächten dazu entschieden, mit unseren Themen einen eigenen Listenvorschlag zu erstellen. Dadurch wollen wir unserem Engagement Kontinuität verleihen. Auch wenn Aktionen und Demos viel Spaß machen und eine große Öffentlichkeitswirkung haben, wissen wir dennoch, dass nur durch Ausdauer und hochschulpoliti-

sche Gremienarbeit wirkliche und dauerhafte Veränderungen herbeigeführt werden können. Hierbei darf jedoch kein rein problemorientierter Lösungsansatz verfolgt werden, sondern das Ziel muss im Auge behalten werden. Konkret: Wir sind gegen Studiengebühren! Damit reicht es also nicht aus, sich ausschließlich für eine gerechte Verteilung einzusetzen. Dies darf nur ein Teil unserer politischen Arbeit sein. Das Ziel muss die Abschaffung bleiben. Ein derartiger Lösungsansatz wurde bisher von keiner studentischen Interessenvertretung aktiv verfolgt.

Doch um unsere Ziele verwirklichen zu können, ist eine starke Studierendenvertretung notwendig, die möglichst viele Interessen und Meinungen bündelt und artikuliert. Dazu muss eine demokratische Legitimation gegeben sein. Das derzeitige Modell der Studierendenvertretung ist ein Rätemodell, in welchem sich engagierte FachschaftsvertreterInnen treffen und uniweite Themen diskutieren. Dies hat häufig leider zur Folge, dass der Informationsfluss verlangsamt wird und die Arbeit und getroffene Entscheidungen wenig transparent sind. Dies wollen wir ändern!

Beschlüsse von Gremien müssen unter

# **SENATSWAHL: LISTEN**

---

der Voraussetzung des Datenschutzes vereinfacht und jedem/r frei zugänglich sein. Das Organ der von uns wieder ins Leben gerufenen Studierendenzeitung ist ein erster Anfang.

Doch auch das derzeitige Modell der Studierendenvertretung muss überarbeitet werden, damit sie ihrem Namen wieder gerecht wird. Momentan ist keine demokratische Legitimation vorhanden, insofern kann nur schwerlich von einer Vertretung aller Studierenden gesprochen werden. Deshalb setzen wir uns für ein Studierendenparlament ein, welches direkt von Studierenden gewählt wird. Es besteht für alle Hoch-

schulgruppen, Interessenverbände und Organisationen die Möglichkeit zu kandidieren. Ein Fachschaftsrat ist in diesem Modell auch weiterhin vorhanden. Selbstverständlich können auch interessierte Studierende, die eine eigene Gruppierung bilden möchten, kandidieren. Je bunter, desto besser. Wir wollen keinen homogenen Verband, der sich den Namen „Studierendenvertretung“ gibt.

Deshalb: Schmeißt die Hippies aus dem Hörsaal und gebt ihnen im Senat einen neuen Raum!

Mit Deiner Stimme trägst Du zur Vielfalt an unserer Uni bei!

## **Liberale Hochschulgruppe**



Wir sind eine Gruppe hochschulpolitisch interessierter Studenten aus den verschiedensten Studienfächern. Gemeinsam ist uns allen das Interesse an

Politik. Einer Politik, die dem Menschen zugesteht, selber zu definieren, was gut für ihn ist und was nicht, statt ihn zu bevormunden.

# **SENATSWAHL: LISTEN**

---

Wir stehen ein für eine pragmatische Politik ohne Ideologiekriege, die einer vernünftigen Hochschulpolitik nur im Weg stehen. Dabei stellen wir die Freiheit der Studenten, ihr Studium in eigener Verantwortung zu organisieren, in den Mittelpunkt. Auch bei den Hochschulen sind wir der Meinung, dass eine größere Unabhängigkeit und Autonomie sinnvoll ist, da die Entscheidungsträger vor Ort naturgemäß in vielen Fällen besser Bescheid wissen als die Beamten der Ministerialbürokratie. Unsere beiden Dachverbände auf Landes- und Bundesebene engagieren sich schon seit über 20 Jahren erfolgreich für die Belange von uns Studenten. Dieses Jahr tritt die LHG erstmals an der Uni Stuttgart zu den Senatswahlen an.

## **Unsere Kandidaten:**

### **1. Johannes Zeller**

(Computerlinguistik, Fakultät 5)

### **2. Alexander Schopf**

(Mineralogie, Fakultät 3)

### **3. Muiriel Thierhoff**

(Mathematik, Fakultät 8)

### **4. Robert Meldt**

(Englisch und Politik, Fakultät 9)

## **Wir setzen uns ein...**

**...für die Demokratisierung der studentischen Mitbestimmung durch die Einführung eines Studentenparlaments!**

Wir wollen nicht die FaVeVe abschaffen. Die Fachschaften leisten in Stuttgart gute Arbeit. Dennoch fehlt der FaVeVe die demokratische Legitimation, wie sie ein direkt gewähltes Studentenparlament hat, das außerdem die komplette Bandbreite unterschiedlicher Meinungen abbildet.

**...für mehr Freiheit im Studium: Weg von der Verschulung!** Studenten müssen auch in Zukunft die Freiheit haben, die für sich besten Lernmöglichkeiten zu wählen. Auch in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen muss es für jeden Studenten möglich sein, die spezifischen Lehrveranstaltungen nach seinen Interessen und Fähigkeiten auszuwählen, und das geforderte Pensum eigenverantwortlich über die Studienzeit zu verteilen.

**...dafür, dass die Qualität der Lehre nicht zugunsten der Forschung reduziert wird!**

**...für die Sanierung maroder Bausubstanz, aber nicht aus Studiengebühren!** An vielen Gebäuden der Uni

# **SENATSWAHL: LISTEN**

---

Stuttgart besteht dringender Renovierungsbedarf. Hier ist der Staat als Träger der Hochschule in der Pflicht, die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren.

**...für die Freiheit der Uni, selbst über die Regelstudienzeit ihrer Bachelor-/Master Studiengänge entscheiden zu können!**

**...für einen Masterplan für Bürokratieabbau statt Lehrstuhlabbau!** Ohne an der naturwissenschaftlich-technischen Ausrichtung zu rütteln, halten wir einen Rückbau der Uni Stuttgart zu einen reinen Technik-Universität für verfehlt. Die Reduzierung unnötiger Verwaltungsbürokratie bietet sinnvollere Einsparpotentiale.

**...für eine Verwendung der Studiengebühren zur Verbesserung der Lehre statt als Hochschulnotopfer, das staatliche Mittel ersetzt!** Hochschulfinanzierung ist Aufgabe des Staates. Studiengebühren müssen als "StudienPlus" echte und zusätzliche Vorteile

für die Studenten bewirken.

**...für die Wiedereinführung kostenloser Räume für Veranstaltungen aller studentischen Gruppen an der Uni Stuttgart!** Studenten, die sich neben ihrem Studium engagieren, bereichern eine Hochschule. Solches Engagement darf nicht dadurch bestraft werden, dass die Uni hohe Gebühren für die Nutzung ihrer Räumlichkeiten erhebt, wie es momentan der Fall ist.

**Wir setzen uns ein für mehr Freiheiten an unserer Uni. Darum bitten wir Dich um Deine Stimmen für die Liste der Liberalen Hochschulgruppe Stuttgart!**

**Mehr über uns erfährst Du auf unserer Internetseite:**

<http://www.lhg-stuttgart.de>

**Deine Fragen und Wünsche kannst Du uns unter folgender E-Mail-Adresse zukommen lassen:**

[info@lhg-stuttgart.de](mailto:info@lhg-stuttgart.de)

## **Termine**



6.-7.7.2010 AStA- und Senatswahlen

9.7. TU Braunschweig

Bundesweites Treffen und Workshops zur Zivilklausel

13.7. Vortrag und Diskussion: Der neoliberale Sozialstaat: Hartz IV  
und Aktivierung

von Prof. Stephan Lessenich (Organisation: Linke Hochschulgruppe)

24.7.-18.10.

vorlesungsfreie Zeit

Eure Zeitung wünscht viel Erfolg bei euren Prüfungen und viel Spaß  
dazwischen!

# Wie weiter nach dem Bildungsstreik?

**Wolfram Klein**

Es ist nicht zu leugnen: Der Bildungsstreik 2010 war kleiner als letztes Jahr. Die ModeratorInnen sprachen von 5.000 TeilnehmerInnen, andere fanden 3.000 realistischer. (Über die Polizeizahlen von 1.000 braucht man nicht zu reden.) Es war auch deutlich, dass die Masse der TeilnehmerInnen SchülerInnen, und oft recht junge SchülerInnen, war. Das ist umso beachtlicher, weil bis drei Tage vor dem Streik an den Schulen Pfingstferien waren. Die Zahl der Studierenden ist

dagegen gegenüber 2009 regelrecht eingebrochen.

Vor einem Jahr platzte die Ankündigung von Ressels Masterplan in die Mobilisierung für den Bildungsstreik und war ein ganzer Wasserschwall auf die Mühlen des Protests an der Uni. Dieses Jahr gab es nichts Vergleichbares. Aber das ist nur ein Teil der Erklärung. Bundesweit ging die Beteiligung von 270.000 auf 85.000 zurück. Während der Hörsaalbesetzung im Winter demonstrierten in Ludwigsburg 4.000 Studierende der



PH (laut Presse!), jetzt lief an der PH wieder einiges, unter anderem ein wochenlanges Protestcamp – aber zur Demo am 9. Juni kamen trotzdem nur wenige PH-Studierende. Die geringe Beteiligung von Studierenden war offenbar ein bundesweites Phänomen. Während der Mobilisierung an der

Schulalltag unterbricht – quasi als Selbstzweck. Ich denke, die teilnehmenden SchülerInnen sind auch dieses Jahr auf ihre Kosten gekommen: die Demo war laut und lebendig, unterwegs besuchte ein Teil der DemonstrantInnen die Max-Eyth-Schule, um die dortigen SchülerInnen zur

# **BILDUNGSSTREIK 2010 STUTTGART**

Uni gab es viel Sympathie für die Forderungen des Bildungsstreiks, das Streikheft fand großen Anklang, aber trotzdem kamen nicht viele Studierende zum Bildungsstreik. Selbst als der Demozug in der Pause zwischen zwei Vorlesungsblocks an der Uni Stadtmitte vorbeizog, schloss sich kaum jemand der Demo an.

Sicher haben wir das eine oder andere bei der Mobilisierung falsch gemacht. Aber das kann das Resultat nicht erklären. Offenbar hat ein Bildungsstreik für SchülerInnen einiges an Attraktivität, weil er den oft öden

Teilnahme zu motivieren...

Aber anscheinend fragen Studierende mehr, was die Teilnahme an einem Protest bringt. Es reicht nicht, dass man die Forderungen sympathisch findet – man will auch wissen, ob wir mit dem Protest diese Ziele erreichen können.

Es ist nun nicht so, dass der Bildungsstreik im letzten Juni oder die Hörsaalbesetzung im November-Dezember nichts bewirkt hätte. Die Erhöhung der Zahl der Studierendenvertreter im Senat von 3 auf 7 z.B. hätte es sonst sicher

nicht gegeben. Wir haben alle Unkenrufe, dass Proteste nichts bewirken, widerlegt. Zugleich haben wir aber auch die Schranken gesehen, über die wir mit unseren bisherigen Protestformen nicht gekommen sind. Die Unileitung reicht die Mittelkürzungen des Landes im Rahmen des Solidarpakts nach unten weiter, statt mit uns gemeinsam für eine angemessene finanzielle Ausstattung zu kämpfen, und versucht gleichzeitig, durch die Teilnahme an der Exzellenzinitiative zusätzliche Mittel abzugreifen – so dass das Damoklesschwert des Kahlschlags bei den Geisteswissenschaften weiter über unseren Köpfen schwebt.

Um hier einen Kurswechsel zu erreichen – oder um beim Land eine Abschaffung der Studiengebühren, die Einführung einer verfassten Studie-

rendenschaft oder grundlegende Änderungen bei Bologna zu erreichen –, hätten wir den Protest gegenüber letztem Sommer oder Winter mächtig steigern müssen. Wie solche Steigerungen aussehen könnten, ist von der Sache her nahe liegend: von der Hörsaalbesetzung zur Besetzung ganzer Uni-Gebäude; vom befristeten Streik (quasi vom Warnstreik) zum unbefristeten Erzwingungsstreik, bis bestimmte Forderungen erfüllt sind; vom bundesweiten Schülerstreik am 12. November 2008 über den bundesweiten Bildungsstreik am 17. Juni 2009 zum politischen Massenstreik, zum Generalstreik, wie es ihn in anderen europäischen Ländern ja auch gibt...

Aber für eine solche Steigerung war diesen Sommer die Stimmung zweifellos nicht da. Eine solche Stimmung



kann sich in der Zukunft entwickeln, wenn sich die Studienbedingungen weiter verschlechtern, wenn die Berufsaussichten nach dem Studium schlechter werden, wenn sich allgemein in der Gesellschaft eine Kultur des Widerstands entwickelt...

Aber so lange sich die objektive Lage oder die Stimmung nicht ändern, würde es wenig Sinn machen, jedes halbe oder ganze Jahr einen Bildungsstreik als Ritual zu machen. Das heißt nicht, dass Bildungs-Massenproteste nicht mehr möglich sind. Es war gut, dass wir bei den letzten Protesten nicht auf politische Entscheidungen reagiert haben (wie bei den Protesten gegen die Studiengebühren 2005-2007), sondern in die Offensive gegangen sind. Das bedeutet aber nicht, dass uns keine Abwehrkämpfe mehr bevorstehen würden. Am 16. Juni haben in Kiel 14.000 gegen den Bildungskahlschlag der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung demonstriert. (Unter anderem sollen an der Uni Flensburg die Wirtschaftswissenschaften platt gemacht werden, an der Uni Lübeck die Medizin, ohne die die Uni Lübeck wohl nicht mehr lebensfähig wäre.)

Ähnliche Abwehrkämpfe können auch bei uns kommen und uns die Möglichkeit geben, dann wieder in die Offensive zu kommen.

Und außerdem hat es Massenproteste von Studierenden nicht nur zubildungspolitischen Themen gegeben. Z.B. gab es Anfang 1991 einen Streik oder „kreativen Ausnahmezustand“ (Kraz) gegen den damaligen Golfkrieg mit zahlreichen Demonstrationen, Veranstaltungen, studentischen Arbeitskreisen usw.

Aber wann und zu welchem Thema auch immer es wieder Studierendenproteste geben wird – wir haben keinen Grund, uns bis dahin auf die faule Haut zu legen. Wir brauchen auch kontinuierliche Arbeit: inhaltliche Diskussionen über die Bildungspolitik und ihre Hintergründe und Zusammenhänge, die Ausnutzung der mit der Hörsaalbesetzung erkämpften weiteren Senatssitze (möglichst nicht für Stellvertreterpolitik, sondern um die Studierenden zu informieren und mit ihnen gemeinsam aktiv zu werden), weitere Ausgaben der Studierendenzeitung etc.

# Stilblüten der Hilflosigkeit

**Ulrich Bröckling**

Der Text aus der letzten Ausgabe zum Bildungsstreik ist ein Plagiat des folgenden Textes, welcher 1989 in der Zeitschrift Kritik und Krise - Vom Elend der Studentenbewegung erschien.

Das periodisch aufkommende Bedürfnis, unter allen Umständen etwas tun zu wollen und lieber noch etwas völlig Sinnloses als gar nichts, ist so verzweifelt wie selbstverständlich. Es ist nur die Kehrseite jener Apathie, die immer schon weiß, daß sowieso nichts geht, und schlägt denn auch meist rasch wieder in sie um. Wo die Möglichkeit verändernder Praxis objektiv verstellt ist, bleibt nur das Surrogat des Spektakels. Da ist dann kein Blödsinn zu blöd, Hautsache alle machen mit und es kommt morgen in der Zeitung. Das Viele-sind-wir-Gefühl und die Spiegelung durch die Medien müssen den im Sachzwang verschwundenen Feind ersetzen, gegen den und an dem man früher stark werden konnte. Das ist nichts Neues; es gehört zu den sogenannten neuen sozialen Bewegungen wie die Maifei-

er zur Sozialdemokratie. Der Eingriff in die gesellschaftliche Praxis ist dem Protest verstellt, deshalb produziert er Symbole. Wenn aber jede Aktion nur symbolisch ist, dann kann auch alles zum Symbol werden. Ob man sich gegen den Vietnamkrieg - make love not war - öffentlich abknutscht, für den Frieden schweigt oder fastet, ob man gegen den Atomstaat ein "die-in" veranstaltet oder seinen UNIMUT mit Vorlesungen in der U-Bahnstation demonstriert - die Zeichen flottieren frei, der Inhalt bleibt immer der gleiche: gute Menschen zeigen, daß sie es sind. Wenn die Symbole des Protest auch mit seinen erklärten Zielen wenig zu tun haben, so offenbaren sie doch die Wunschphantasien ihrer Produzenten. Symbol wird, was zu Identitätsfindung taugt. Anschauungsmaterial für das studentische Wunsch-Ich lieferte exemplarisch der Uni-Streik in Tübingen. Nachdem - in gut friedensbewegter Manier - eine "interdisziplinäre Menschenkette von den natur- und geisteswissenschaftlichen Instituten" die Gemeinschaft der Händchenhal-

ter gegen die Atomisierung an der Massenuni eingeklagt und eine Stocherkahndemo auf dem Neckar die Sehnsucht nach der guten alten Studentenzeit Hegel und Hölderlin selig dokumentiert hatte, zeigt nun die Elikaufsaktion "Studentenschaft als Wirtschaftskraft", worauf sich das Begehrten der 88er-Generation wirklich

richtet: Mehr noch als der Sexualakt schafft der Einkaufsakt Lust. Ich kaffe, also bin ich. Und wie gegentliches Fasten den Appetit nur steigert, so wächst mit dem Wechsel von Kaufrausch und Konsumaskese, den die Tübinger planen, nur die Befriedigung. Kaufen ist geil. - Man brauchte nur mehr Geld.

## **Warum interessiert es euch nicht?**

### **Ein verzweifelter Studentenaktivist über seine passiven KommilitonInnen**

Ich höre euch nicht. Ich höre euch nicht reden, nicht schreien, nicht weinen. Nicht vor schierer Verzweiflung seufzen, kein Wutausbruch, keine Eruption.

Ich sehe euch nicht demonstrieren, nicht wen anders wählen, nicht Pläne schmieden für die Tage nach der Revolution. Die ihr selbst nicht anzettelt.

Ich finde nichts. Keine wirklich neuen Schriften, keine Taten und ihr findet keine neuen Worte. Keine Gründe, aufzugehen, keine Gründe, Gege-

benes zu verteidigen. Ihr findet keinen Mut, kein Engagement und keinen Freigeist, Dinge hinter den bestehenden Grenzen zu konstruieren.

Vielleicht müsste ja dann nämlich aus der Erkenntnis, dass die gegebenen Grenzen nur künstlich sind, Freigeist, Engagement und Mut emporkommen. Aber so erscheinen euch die Grenzen nicht künstlich, sondern wahr. Und so scheinen mir eure Grenzen auch immer mehr und mehr so zu sein.

## Ohne Zivilklausel! Noch Uni oder Waffenfabrik?

Fabian Janssen

In den letzten Monaten gab es an vielen Universitäten Initiativen zur Einführung von sogenannten Zivilklauseln. Nach vorausgehenden Diskussionen des Bildungsstreiks, entstand im Rahmen der letzten Sitzung der Fachschaftsvertreterversammlung (FaVeVe), diese Bewegung nun auch an der Universität Stuttgart. Der neu gegründete Arbeitskreis „Zivilklausel“, der sowohl mit Mitgliedern der Fachschaften als auch mit Aktiven des Bildungsstreiks besetzt ist, übernimmt nun den Auftrag, zu prüfen, ob und wie eine solche Klausel in die Grundordnung der Universität zu integrieren ist.

Schlägt man das Wort „Klausel“ im Rechtswesen nach, findet man heraus, dass es eine deutlich definierte Einzelbestimmung in Vertragswerken oder Gesetzen ist, die aus einer Bedingung oder Option besteht.

Die Zivilklausel, die in der Grundordnung der Universität Stuttgart verankert werden soll, hat den Zweck eine Forschung und Lehre zu garantieren, die ausschließlich friedlichen und zivi-



len Zwecken dient.

Genauer bedeutet dies, dass eine Forschung und Lehre die zivilmilitärisch („dual use“) oder militärischen Zwecken dient, damit gänzlich ausgeschlossen sein soll.

### WARUM EINE ZIVILKLAUSEL?

Nach der Meinung der Initiatoren des AK Zivilklausel ist eine solche Klausel in heutigen Zeiten unbedingt von Nötzen, gerade da die Universität Stuttgart ihren Schwerpunkt in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern hat. Deshalb streben wir eine genaue Prüfung der Notwendigkeit und der Möglichkeit einer Zivilklausel an und beschäftigen uns intensiv mit der Informationsbeschaffung zu diesem Thema, damit sich die Studierendenschaft der

Universität Stuttgart diesbezüglich positionieren kann.

Zum einen muss die Freiheit der Forschung weiterhin gewährleistet werden, denn durch die Kürzungen der Gelder für Bildung und Forschung sind viele Forscher und Projekte abhängig von Drittmitteln.

Da die Finanzierung nun durch Dritte getätigter wird, haben die Forscher an der Universität immer weniger Einfluss auf die Inhalte ihrer Projekte und werden somit in ihrer Forschungsfreiheit beschränkt oder haben kein Handhaben mehr über die Verwendung ihrer Ergebnisse. Projekte, die militärisch genutzt werden sollen, unterliegen oft der Geheimhaltung und können so keinerlei Nutzen für zivile Zwecke haben.

## **UNKLARHEIT ÜBER ZIVILE ODER MILITÄRISCHE FORSCHUNGSAUFRÄGE**

Gleichzeitig sinkt aber auch die Transparenz der Forschungsprojekte und oft ist es schon für Beteiligte schwer nachzuvollziehen, ob sie nun an militärischen oder zivilen Projekten arbeiten. Für Außenstehende ist es mehr oder minder unmöglich.

Diese Transparenz kann man – meist wieder herstellen, indem die Geldgeber

der Projekte genannt werden, aber auch hier kann es kompliziert werden: zum Beispiel dadurch, dass der „zivile“ Auftraggeber, die Europäische Union, Projekte unter dem Aspekt der „Sicherheitsforschung“ herausgibt, ist nicht mehr nachvollziehbar, ob diese Projekte zivil oder militärisch genutzt werden. Hier verschwimmen die Grenzen des Zwecks von Forschung und Lehre. Die Universitäten, und so auch die Universität Stuttgart, werden zum Dienstleister von Militär und Rüstungsindustrie und somit direkter Unterstützer kriegerischer Handlungen.

Mittlerweile sind nicht nur die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer davon betroffen, auch die geisteswissenschaftlichen oder sozialwissenschaftlichen Fächer werden in militärisch nutzbare Forschung mit einbezogen.

Nach Angaben der Bundesregierung, die auf Anfragen von Abgeordneten gegeben wurden, werden an der Universität Stuttgart seit dem Jahr 2000 „Forschungsprogramme für die zivile Sicherheit“ betrieben. (Bundestag: Drucksachen 16/10156)

Dieses Forschungsprogramm besteht auf deutscher sowie auf europäischer Ebene und wird seit 2007 mit 1,4 Milli-

# AUS DEN AKs

---

arden Euro durch die EU-Kommission gestützt. Diese Gelder können Firmen und Institute beantragen, um damit ihre Forschungsarbeiten finanzieren.

Im Rahmen der zivilen Sicherheit vermissen sich aber nun die innen- und außenpolitischen Bereiche und ein vollkommen neues Sicherheitsdenken entsteht: Es werden nicht mehr nur noch Angriffe durch andere Staaten als Bedrohung angesehen, sondern ebenso Flüchtlingsbewegungen. Diese werden an den Europäischen Grenzen unter anderem von der sehr umstrittenen (EU-Agentur) Frontex und militärischen Mitteln „behandelt“.

Durch die Vernetzung erhöht sich aber auch die Überwachung und Kontrolle der eigenen Mitbürger, die im gleichen Schritt auf eine grundlegende Bedrohung geprägt werden und somit ein Unsicherheitsgefühl entwickeln.

Hier werden vor allem auch die Geistes- und Sozialwissenschaften mit in Forschungsprogramme eingebunden, die der „Sicherheitspolitik“ dienen, in dem sie unter anderem Migrationsbewegungen untersuchen und Risikoforschung gezielt für militärische Informationen und Anwendung betreiben. In dieser „Sicherheitspolitik“ sind präventive Maßnahmen durch militärische

Interventionen verankert, was direkten kriegerischen Handlungen entsprechen kann.

Im Gegensatz zu den technischen Fächern ist dem AK Zivilklausel noch nicht bekannt, inwieweit die Sozialwissenschaften an unserer Universität mit Forschungsprojekten dieser Art beauftragt sind.

## STAND AN DER UNI STUTTGART

Die technischen Fächer an der Universität Stuttgart sind schon eng verknüpft mit der Rüstungsindustrie. Hier wird vor allem mit der Firma EUROCOPTER, eine Tochterfirma des Luft- und Raumfahrtunternehmens EADS, kooperiert, die neben zivilen Helikoptern auch militärische herstellt und in diesem Gebiet sogar 25 Prozent des weltweiten Marktes inne hat. „Geplant ist eine Vorlesungsreihe mit EUROCOPTER-Ingenieuren als Referenten über Hubschraubertechnologie, Firmenbesichtigungen für Studierende und das Angebot von Praktikums- und Diplomandenstellen“.

Ein Studierender der Studienganges Luft- und Raumfahrttechniks berichtet z.B. über ein Forschungsprojekt, ein Rotorblatt zu entwickeln, das möglichst

leise sein soll – bei in Kauf genommenem, höherem Treibstoffverbrauch. Dieses ist für zivile Zwecke unwirtschaftlich und somit wohl kein ziviles Projekt.

Andere Firmen werben mit Stellenausschreibungen an der Universität Stuttgart, die sehr deutlich der Rüstungsindustrie zu zu ordnen sind.

Dietrich Schulze von der „Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ (Nat-Wiss), der am Karlsruher Forschungszentrum gearbeitet hat und sich am Bündnis für die Zivilklausel beteiligt, schreibt dazu:

„Frieden, freie Forschung und diese Zivilklausel sind drei miteinander verzahnte Elemente einer verantwortungsvollen Zukunftsgestaltung. Freiheit der Themenwahl in der Forschung und internationale Kooperation würden im Falle von Militärforschung durch Geheimhaltungsvorschriften beeinträchtigt werden. Öffentliche Finanzierung gebietet, Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Studierenden sollen umfassende Bildung und Entfaltungsmöglichkeiten bekommen, statt indirekt in Militärforschungsprogramme eingebunden zu werden.“

## ZIELE DES AK ZIVILKLAUSEL

Der neu gegründete AK Zivilklausel wird sich zunächst mit der Informationsbeschaffung bezüglich unserer Universität beschäftigen. In diesem Rahmen besteht das erste Ziel des AK's darin, die Vernetzung und Kooperation von Forschungsprojekten oder Lehrenden mit Rüstungsindustrie, Militär oder kooperierenden Einrichtungen aufzudecken.

Diese Informationen sollen dann an die Studierenden- und Lehrendenschaft sowie an die Öffentlichkeit weitergegeben werden, damit diese erkennen können, ob sie an Projekten beteiligt sind oder werden, die militärischen Zwecken dienen.

Im Zuge der Informationsbeschaffung wird geprüft, inwiefern eine Zivilklausel an der Universität Stuttgart umsetzbar ist und wie die Studierendenschaft diesem Aspekt gegenüber steht. Wenn diese Prüfung positiv ausfällt, sollen die folgenden Ziele wiefolgt lauten:

Das zweite Ziel besteht darin, dass die Studierenden die Möglichkeit haben müssen, ohne Komplikationen oder Schaden aus diesen Projekten, auf Grund von Gewissensgründen, auszusteigen oder nicht an ihnen teilnehmen zu müssen.

# AUS DEN AKs

---

Abschließend soll dann eine allumfassende Zivilklausel eingeführt werden, die jegliche Verbindung und Kooperation mit Rüstungsindustrie, Militär oder diesen zutragenden Einrichtungen oder Personen verboten wird.

## FREIHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE EINGESCHRÄNKT?

Allerdings muss im Rahmen dieser Zivilklausel immer klar sein, dass keinerlei Forschung oder Lehre eingeschränkt wird, die zwar dem zivilen Nutzen dienen, aber theoretisch auch militärisch genutzt werden könnte. Damit soll garantiert werden, dass Forschung und Lehre frei zugänglich und frei betreibbar bleiben und die Studierenden in ihrer Ausbildung nicht eingeschränkt werden.

Die Zivilklausel soll dafür sorgen, dass die Universität Stuttgart einen Teil dazu beiträgt, diese Gesellschaft und diese Welt, friedlicher zu machen und die allgemeine Aufrüstung zu verringern. Ebenso können wir als Vorbild für alle Universitäten oder Lehrinstitute gelten, indem wir die Transparenz unserer Universität erhöhen und so allen Studierenden und Lehrenden die Möglichkeit geben über ihre Aufgabenbereiche umfassend informiert zu sein.

## Quellen:

- <http://www.stattweb.de/baseportal/ArchivDetail&db=Archiv&Id=1080>
- <http://womblog.de/2010/01/28/ein-zivilkluselchen-zur-rstungsforschung-an-der-universitt-tbingen/>
- <http://www.imi-online.de/download/SN-Studie07-2009-Forschung.pdf>
- <http://www.imi-online.de/2010.php?id=2069>
- <http://www.uni-stuttgart.de/aktuelles/uni-infos/2009/020409.html>
- <http://www.bmbf.de/de/11773.php>

## Unirat

**Ulrich Bröckling**



In der BRD wurden nach und nach durch Reformen der Hochschulgesetze in den Bundesländern sog. Universitäträte an die Spitze der Organisationsstruktur der Universitäten gesetzt. Diese haben je nach Bundesland unterschiedliche Kompetenzen - es lässt sich jedoch feststellen, dass in Baden-Württemberg diese Kompetenzen am weitesten ausgebaut wurden [1].

Der Unirat - im Gesetzestext auch "Aufsichtsrat" genannt - ist das höchste Gremium der Universität (§§20 Landeshochschulgesetz, LHG

[2]) und hat somit die größte Entscheidungskompetenz, d.h. es fasst wichtige Beschlüsse über Struktur- und Entwicklungspläne, über den Haushaltsplan und über die Mittelverteilung. Außerdem kann es Zustimmung oder Ablehnung zu Hochschulverträgen, Beteiligung an Unternehmen, Errichtung oder Aufhebung von Hochschuleinrichtungen sowie zu hochschulübergreifenden Kooperationen äußern.

Der Senat dagegen (§§19 LHG [2]) ist in vielen Fällen nur berechtigt, eine Stellungnahme abzugeben, bei-

# **UNI. DAS UNBEKANNE WESEN**

---

spielsweise zu den wichtigen Struktur- und Entwicklungsplänen oder zum Haushaltsplan.

Dies zeigt, dass dem Unirat weitreichende Befugnisse durch das neue Landeshochschulgesetz von 2005 übertragen wurden. Für alle entscheidenden strukturellen Fragen besitzt er die Kompetenz, Beschlüsse zu fassen. Der Senat darf oft nur Stellung nehmen.

Der Unirat ist von externen Vertretern dominiert, was im Gesetzesstext so festgeschrieben ist. Im Unirat sitzt genau ein studentischer Vertreter (nur beratend), wobei die externen Mitglieder

der hier in Stuttgart ausschliesslich aus der Wirtschaft und Technik stammen (IBM, Bosch, Daimler, ...) [3].

Der Universitätsrat zeigt also ein strukturelles Problem im Bezug auf Mitbestimmung an der Universität auf. Das Modell der Gruppenuniversität mit dem Senat als demokratisch gewähltes, oberstes Gremium (freilich leider ohne Drittel oder Viertelparität!) wird durch das Paradigma der unternehmerischen Hochschule, die auch direkt von Unternehmern geführt wird, ersetzt, außerdem werden die Rektorate gestärkt.

## **Quellen:**

[1] Bogumil et al: Hochschulräte als neues Steuerungsinstrument? Eine empirische Analyse der Mitglieder und Aufgabenbereiche, 2007

[2] Landeshochschulgesetz von Baden-Württemberg, LHG. [http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/gesetze/2\\_Hochschul\\_Gesetzblatt010105.pdf](http://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/pdf/gesetze/2_Hochschul_Gesetzblatt010105.pdf), 2005 , Zugriff Juni 2010

[3] <http://www.uni-stuttgart.de/ueberblick/organisation/organe/#unirat> , Zugriff Juni 2010

# **Demokratie, Macht und vor allem Geld**

**Denise de Jong**

**Martin Priwisch**

Mehr Demokratie und stärkeres Mitbestimmungsrecht sind die schlagenden Argumente für ein Studierenden Parlament (StuPa), so wie in der letzten Ausgabe vorgestellt. Doch was kann man sich wirklich davon versprechen außer lange Diskussionen für die Studierenden?

## **DEMOKRATIE**

Von dem StuPa versprechen sich einige ein Mehr an Demokratie. Das soll dadurch gewährleistet werden, dass 70 Prozent der studentischen Vertreter direkt ins Parlament gewählt werden. Das erleichtert es zum einen Minderheiten ihre Meinungen und Interessen in den Diskussionsrunden



Foto: Alexander Hauk / www.alexander-hauk.de / pixelio.de

zu vertreten und eine Stimme bei Entscheidungen zu haben, zum anderen sollen die direkt gewählten Studierenden mehr Transparenz in die studentische Vertretung bringen. Soweit die Theorie.

Personengebundenheit bedeutet jedoch auch Unflexibilität. Wird nun ein gewählter studentischer Vertreter beispielsweise exmatrikuliert oder verfolgt andere Interessen, als die er zu Amtsantritt als Ziel angegeben hat, so bleibt er trotzdem für die Dauer eines Jahres im Amt.

Das Thema Demokratie bringt außerdem die Frage nach der Repräsentativität der Wahlergebnisse mit sich. Im vergangenen Jahr lag die Wahlbe-

teiligung im Durchschnitt aller Fakultäten bei nur traurigen 19,4 Prozent.

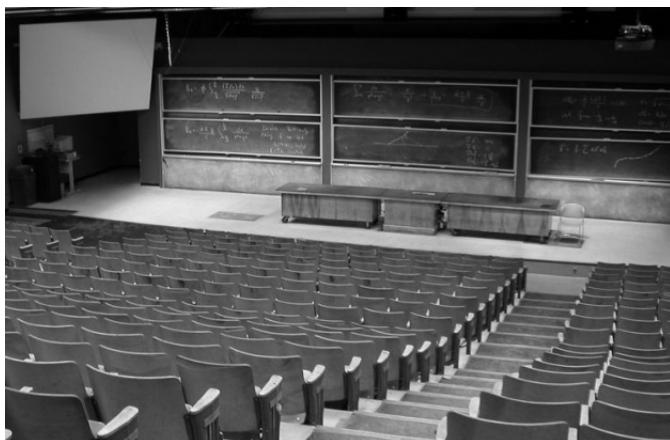
Wenn nun also die JuSo-Hochschulgruppe schreibt, sie habe 15 Prozent aller Stimmen bekommen, so waren es 15 Prozent der Stimmen von 19,4 Prozent aller Wahl-

berechtigten.

Betrachten man nun den Aspekt der Wahlmobilität, lässt sich erkennen dass die 2,91 Prozent der Studierenden, die die JuSo-Liste gewählt haben auch den größten Teil ihrer Befürworter ausmachen. Was ist Wahlmobilität? In der Politik spricht man von Wahlmobilität, wenn es kleinen Par-

kämpft und sich wenig kümmert um politisches oder studentisches Engagement, waren die JuSos fleißig am Wählen.

Ein wichtiger und nicht zu vernachlässigender Aspekt ist, dass in einem StuPa die gerechte Verteilung der Plätze auf die Studiengänge nicht gewährleistet ist.



teien gelingt ihre doch überschaubare Anzahl Anhänger zu motivieren für sie zu wählen.

Ganz im Gegenteil dazu müssen große Interessenvertretungen wie die FaVeVe, um den Bogen zur Uni zurück zu spannen, unverhältnismäßig viel Werbung betreiben.

Das bedeutet im Klartext: Während der durchschnittliche Studierende mit der Einhaltung der Regelstudienzeit

Bei den 70 Prozent direkt zu wählenden Mandaten gibt es bisher keinerlei Vorstellungen, wie eine gerechte und repräsentative Verteilung der Sitze nach Studiengängen aussehen könnte. So kann es dazu kommen, dass viele Studieren-

de eines Studienganges im StuPa sitzen und deren Interessen, ungeachtet derer anderer Studiengänge, durchsetzen.

Das ist ein klarer Punkt für die derzeitige Regelung, die das Stimmengewicht in der FaVeVe von der Größe der Fakultät abhängig macht.

Nun aber ein Wort zur Demokratie wie sie im Moment läuft. Die Fachschaft ist Jeder – Das bedeutet mit

dem Aufdruck deiner Fakultät auf deinem Studentenausweis gehörst du automatisch zu einer Fachschaft. Ob du nun Engagement zeigst und dich aktiv in die wöchentlichen, im übrigen öffentlichen Fachschaftssitzungen setzt und deine Meinung vertrittst, sie an einen aktiven Fachschaftler weitergibst oder eben nicht, bleibt alleine dir überlassen - es gibt weder Eintrittsformulare, noch einen Mitgliedsausweis und die Fachschaftstür ist jederzeit offen.

Fachschaftler beziehen sich also individuell auf die Probleme und Interessen der Studierenden aus ihrer Fakultät und sind damit keine politischen Vertreter irgendwelcher Parteien, sondern vertreten lediglich ihre Position im Bezug auf studentische Angelegenheiten.

Derzeitig wird jedes Problem, jede Entscheidung und jede Meinung in der Fachschaft kontrovers diskutiert, reflektiert und sich auf ein Meinungsbild geeignet. Falls ein Meinungsbild gefunden wurde, wird dieses in die FaVeVe getragen und dort noch einmal diskutiert und abgestimmt.

Das soll sich jetzt ändern. Es ist ange- dacht, dass sich Deligierte der FaVe- Ve mit dieser abgestimmten

Entscheidung nochmals im StuPa vertreten müssen. Das bedeutet, dass nochmals alles von vorne diskutiert werden muss, weil ggf. 70 Prozent der Mitglieder sich noch nicht mit dem Thema auseinandergesetzt haben.

Das StuPa würde gegenüber der Fa- VeVe aber weder mehr Mitspracherecht noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Das würde eine verfasste Studierendenschaft nötig machen, welche mit einem StuPa wahrscheinlich durchzusetzen wäre. Würde es mit der verfassten Studie- rendenschaft dann wirklich mehr Mit- spracherecht geben und was heißt denn dann Finanzhoheit?

## **MITSPRACHERECHT**

Natürlich gäbe es keine Universität, wenn es keine Studierenden gäbe, je- doch setzen wir mit dem Verlangen nach mehr Mitspracherecht auch ei- niges aufs Spiel. Was die meisten Studierenden der Universität Stuttgart noch nicht so recht begriffen ha- ben, ist, dass die meisten Fachschaften ein ausgezeichnetes Verhältnis zu ihren Professoren und Dekanen haben.

# AKTUELLES

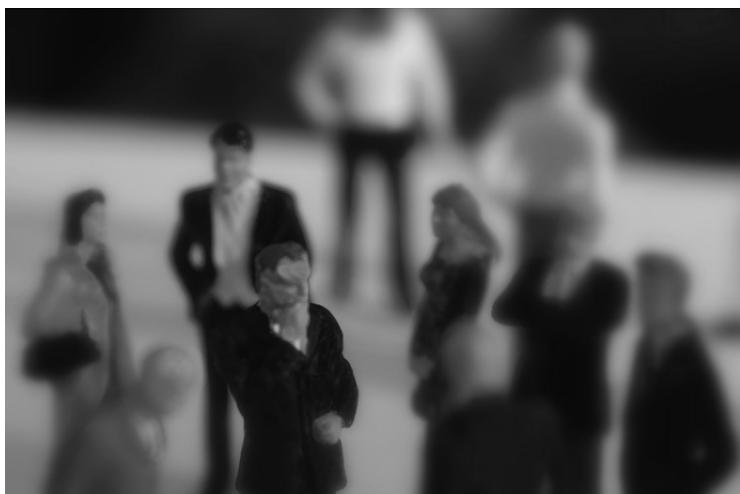
---

Wer die Verhältnisse an anderen Universitäten mit bestehender verfasster Studierendenschaft kennt, weiß, dass die Zusammenarbeit nicht nur zwischen Studierenden und Professoren schwierig ist, sondern auch zwischen Studierenden, die im Wahlwettbewerb gegen einander aus-

Professoren haben als durch ein mit Gewalt erzwungenes Stimmrecht?

Pervertieren wir das Ganze, dann ist es nicht nur das Verlangen nach Mitspracherecht, sondern das Verlangen nach einer Machtausweitung.

Mit mehr Macht gegenüber der Universität sollen dann unmögliche Ziele



spielen.

Die derzeitige Situation an Uni Stuttgart ist mit einem Satz zu beschreiben: „Es wird an einem Strang gezogen von Studierenden und Professoren“

Warum sollten wir unser gutes Verhältnis zu den Professoren für ein wenig mehr Stimmrecht auf das Spiel setzen? Können wir nicht mehr erreichen, wenn wir die Unterstützung der

wie die Abschaffung der Studiengebühren oder des Bolognaprozesses vollführt werden, was jedoch von weiter oben als vom Rektor diktiert wurde. Zudem sei abschlie-

ßend gesagt, dass eine Mehrheit der Professoren in den Entscheidungsgremien auch mit StuPa oder verfasster Studierendenschaft gegeben sein muss.

## FINANZHOHEIT

Das wohl prekärste Thema im Hinblick auf eine verfasste Studierendenschaft ist die Finanzhoheit. Finanzhoheit bedeutet im Klartext:

Das StuPa soll ein Geld-Budget haben, über dass es verwalten kann. Einige wichtige Punkte dazu:

## -Woher soll das Geld kommen?

Uni-Gelder sind zweckgebunden. Das bedeutet, sie können nur für Dinge ausgegeben werden, die von der Universitätsverwaltung genehmigt wurden. An dieser Zweckgebundenheit wird auch ein Studentenparlament nichts ändern können. Im Gegenteil: Die Mitbestimmung, wofür Uni-Gelder ausgegeben werden, ist bereits in der bestehenden FaVeVe gegeben.

Woher soll das Geld, mit dem das StuPa unabhängig handeln kann, aber dann kommen?

Eine denkbare und nahe liegende Option ist ein Studentenbeitrag für den Asta oder das StuPa.

Also ein weiterer Semesterbeitrag für jeden Studierenden.

## -Welche Schwierigkeiten bringt das Geld mit sich?

Geld macht nicht nur bestechlich, sondern verpflichtet auch zu Engagement. Die Allgemeinheit der aktiven Fachschaftsmitglieder spekuliert auf eine studiengangsbezogene und damit auf keine politische Karriere.

Dass heißt also sie arbeiten auf freiwilliger Basis ehrenamtlich und ohne Vergütung für die Studierenden. Wenn nun an die Stelle von freiwilligem Engagement eine Verpflichtung rückt, sind bald alle Fachschaftstüren zu.

## - Wofür soll das Geld ausgegeben werden?

Das ist eine wirklich gute Frage. Für Kopierpapier und Kugelschreiber bis ans Ende des Lebens für alle Studierenden? Es folgen Beispiele aus der Campus Zeit.

## -Wer kontrolliert die Ausgaben?

Hierzu ein Blick in die anderen Bundesländer (außer BaWü und Bayern). Die einzige Kontrolle über die Ausgaben der Asten sind die Besuche des Rechnungsprüfungsamtes alle 5 Jahre. Und vielen Asten gelingt es außerdem, die Prüfungsberichte geheim zu halten.

Jedes Semester zahlen an anderen Universitäten Studierenden ein paar Euro Pflichtgebühr an ihren Asta (Allgemeiner Studierendenausschuss). Manche gewählte Studentenvertreter verpulvern das Geld einfach.

## DIE ZEHN GRÖßTEN VERSCHWENDUNGEN DER ASTEN:

### 1. Abendessen im Adlon (2400€)

Der Asta der FHTW Berlin lud Industrievertreter ins Nobelhotel zur Verköstigung von bretonischem Hummer und Suprême vom Atlantik-Steinbutt

### 2. Party mit Popstars (230 000€)

In Bochum wurde ein Konzert mit Juli, Joy Denalane und 2Raumwohnung organisiert und ein Fernsehspot in der Halbzeit eines VfL Bochum Spiels geschaltet. Statt erwarteten 5000 Besuchern kamen nur 1300.

### 3. Geplatzte Bürgschaften (176 000€)

Der Asta der FU Berlin hat Bürgschaften vergeben, die bisher nicht eingetrieben werden konnten.

### 4. Zu viel Personal (400 000€)

Der Asta Bonn leistet sich eine EDV-Betreuerin die nie anzutreffen ist, einen Geschäftsführer, eine Assistentin und eine Sekretärin, obwohl die Asten an-

derer Hochschulen mit einer Sekretärin als Halbtagsstelle auskommen.

### 5. Unrentables Kulturcafé (450 000€)

Exotische Cocktails für 2,50€ führten das Kulturcafé in den Ruin, es wurde mit 450 000 € gespeist.

### 6. Rundreise für Bürgerkriegskämpfer aus Guatemala (Kosten unbekannt)

Der Asta der Berliner Humboldt-Universität bezahlte Bürgerkriegskämpferinnen aus Guatemala eine Rundreise durch Deutschland.

### 7. Reise nach Rio (1400 €)

TU Berlin: der Asta schickte 2 Studentinnen zum "5. Treffen lateinamerikanischer und karibischer Lesben" nach Rio.



## 8. Selbst gegründete Autovermietung

(100 000€)

Vom Frankfurter Asta wurden Autos billig vermietet. Ergebnis: 100 000€ Verlustgeschäft.

## 9. Mitgliedschaft in einem linksextremen Archiv (300€)

Der Bonner Asta leistete sich eine Jahresmitgliedschaft.

## 10. Verlorene Kredite (260 000€)

Der Bonner Asta vergab 417 000€ Kredite an Kommilitonen, 60 Prozent des Geldes kam nie wieder zurück, man hatte vergessen Adressen zu notieren.

Zum Ende hin eine persönliche Meinung und eine Empfehlung. Ich bin gegen eine politische Färbung der Gremienarbeit. Das politische Engagement wird die hochschulpolitische Arbeit in den Schatten stellen, da dieses stärker polarisiert. Diese Erscheinung kann man zum Beispiel an Hochschulen mit verfassten Studierendenschaften bereits seit Jahren beobachten. Außerdem sollte ein studentischer Vertreter die Interessen der studentischen Allgemeinheit verfolgen und nicht die einer Partei.

### Meine Empfehlung:

Wer sich für unipolitische Entscheidungen interessiert sollte sich in seiner Fachschaft darüber informieren wie er an diesen Teilhaben kann. Dort kann er sich engagieren und Erfahrungen im Umgang mit Hochschulgremien sammeln. Durch das bestehende Rätemodell der FaVeVe wird verhindert, dass ein hochschulpolitisch gänzlich unbedarfter Studierender Entscheidungen, die gesamte Studierendenschaft der Uni betreffend, trifft.

Die Fachschaftler kennen eure Probleme, da ihr bei ihnen Hilfe und Unterstützung bekommt. Sie wissen daher eure Interessen in den Gremien zu vertreten.



**Impressum:**  
**Ausgabe Juli 2010**

**Herausgeber:** V.i.S.d.P.  
AK Bildung Martin Wiest  
c/o Zentrales Fachschaftsbüro  
Keplerstraße 17  
70184 Stuttgart

**Titelblatt:**  
Fabian Janssen

**Kontakt** Layout:  
mail@bildungsstreikstuttgart.de SiSt

Besonderen Dank an Nils Langer, der alle Texte gesammelt und Korrektur gelesen hat.

Juli 2010, unter Creative Commons veröffentlicht  
Diese Broschüre wurde mit OpenSourceSoftware erstellt.

# Nachwuchssuche

## AK Bologna

Der Arbeitskreis Bologna sucht Bachelor-StudentInnen, um über Probleme und Erfolge der neuen Studienform zu sprechen. Gemeinsam mit dem Bologna-Beauftragten der Uni Stuttgart, Herrn Gaugele, sollen so positive wie negative Erfahrungen diskutiert und ggf. für zukünftige Studierende verbessert werden.

Bei Interesse, schreibe eine Mail an:  
[bologna@uni-stuttgart.de](mailto:bologna@uni-stuttgart.de)

## AK Presse und Öffentlichkeit

Der Arbeitskreis PÖ sucht dringend Nachwuchsaktive, die Pressemitteilungen verfassen, Homepage-Pflege betreiben und die Einarbeitung eines Corporate Designs für die Faveve vorantreiben möchten. Vorkenntnisse brauchst du nicht unbedingt, sondern hauptsächlich Spaß an Öffentlichkeitsarbeit.

Bei Interesse, melde dich bei Pablo:  
[ak-oeffentlichkeitsarbeit@faveve.uni-stuttgart.de](mailto:ak-oeffentlichkeitsarbeit@faveve.uni-stuttgart.de)

## AK Computer

Der AK Computer kümmert sich um die Server und die Netzwerkstruktur der Faveve. Hier werden über vierzig studentische Gruppen und über 100 Mailverteiler gehostet; das Netzwerk umfasst unter anderem die Fachschaftsbüros in Stadtmitte und Vaihingen. Wenn du Lust hast,

dich selbst mal in der Betreuung eines mittelgrossen Netzes auszuprobieren, an Verkabelung, Servern und allem was damit verbunden ist zu basteln und zu tüfteln, bist du hier richtig.

Melde dich unter:

[admin-recruiting@faveve.uni-stuttgart.de](mailto:admin-recruiting@faveve.uni-stuttgart.de)

## AK Bildung (Zeitung)

Du hältst bereits ein Exemplar deiner Lieblings-Zeitung in den Händen, doch vielleicht fällt dir auf, dass viele von uns eher als Autor denn als Grafiker veranlagt sind. Daher suchen wir nun dich, da du zeichnen, Bilder bearbeiten oder passende Grafiken legal besorgen kannst. Falls du also schon immer mal bei einer Zeitung mitmachen wolltest, die ihre Aufgaben nie so strikt trennt und eine Stunde nach Druckbeginn noch Artikel bekommt, melde dich unter:

[nils.langer@faveve.uni-stuttgart.de](mailto:nils.langer@faveve.uni-stuttgart.de)

## AK Zivilklausel

Wie du im Heft lesen konntest, gibt es nun einen AK Zivilklausel. Für die Grundlagenarbeit, wichtige Informationsbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit wird nach interessierten Studierenden gesucht; gern aus den "betroffenen" Studiengängen Luft- und Raumfahrttechnik oder Kybernetik.

Bei Interesse melde dich bei Fabi:

[fabian.janssen@soziologie-stuttgart.de](mailto:fabian.janssen@soziologie-stuttgart.de)